

GLEICHSTELLUNG ALS MOTOR FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Bundesministerin für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend Karin Prien

Stellen Sie sich eine Volkswirtschaft vor, in der jede und jeder eigene Talente entfalten und nutzen kann. Einen Arbeitsmarkt, in dem gleiche Qualifikation und gleiche Arbeit zu gleichem Lohn führen. Eine Gesellschaft, die keine Potenziale verschenkt, sondern bis in die Führungsetagen nach Kompetenz besetzt.

Das 5. Nachhaltigkeitsziel der Agenda 2030, die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen und Mädchen, ist kein „Frauenthema“. Es ist eine Wachstumsstrategie, ein Innovationsprogramm und ein Demokratieversprechen.

Wenn Frauen frei von Gewalt leben, wirtschaftlich unabhängig sind und in allen Entscheidungspositionen vertreten sind, dann ist das eine verlässliche Basis für eine nachhaltige und resiliente Gesellschaft.

In meinem Ministerium sind diese Themen fest verankert – mit der neu dazugekommenen Verantwortlichkeit für Bildung umso mehr.

Frauenrechte sind Menschenrechte. Gleichstellung ist kein „nice-to-have“, sondern maßgebliche Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung in der Welt. Gesellschaften, in denen Frauen ihr Potential entfalten können, sind wirtschaftlich erfolgreicher, sozial gerechter und politisch stabiler. Zugleich ist für mich klar: Gleichstellung gelingt nur, wenn wir auch die Jungen und Männer als Verbündete mit ins Boot holen.



Bundesministerin Karin Prien im Gespräch mit Jugendlichen über Geschlechtergerechtigkeit.
(Foto ©photothek.de)

In der Agenda 2030 ist Gleichstellung nicht nur im 5. Nachhaltigkeitsziel verankert, sondern als Querschnittsaufgabe angelegt: etwa bei der Bekämpfung extremer Armut bei der Frage von Müttersterblichkeit oder der Geburtenrate bei Teenagern oder mit Blick auf Schulabschlüsse von Mädchen.

Wir schreiben das Jahr 2026. Bis 2030 bleibt nicht mehr viel Zeit. Aber noch hat kein Land die Nachhaltigkeitsziele erreicht, manche sind weit davon entfernt. Mehr noch: die Agenda 2030 wird von einigen Staaten offen in Frage gestellt, ebenso wie ihre Ziele, auch und gerade beim Thema Gleichstellung.

Wir brauchen eine echte Trendwende.

Für Deutschland bleibt die Agenda 2030 dabei eine wichtige Richtschnur. Drei Unterziele aus der Agenda sind mir besonders wichtig:

Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden: Ein Leben ohne Gewalt und Angst, aber mit verlässlichen Hilfsangeboten und konsequenter Strafverfolgung der Täter – das sind Grundbedingungen für Gleichstellung.

Mit dem Gewalthilfegesetz haben wir einen Meilenstein erreicht: Erstmals besteht für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder ein Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung. So schließen wir in Deutschland nun gemeinsam mit den Bundesländern in den nächsten Jahren Lücken im Netz der Frauenhäuser und Beratungsstellen.

len. Und so entstehen endlich auch beim Schutz vor häuslicher Gewalt in allen Landesteilen gleichwertige Lebensverhältnisse. Um Gewalt zu verhindern, bevor sie entsteht, arbeitet mein Ministerium außerdem an einem Maßnahmenpaket zur Prävention von Gewalt an Frauen.

Gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen Leben und gleiche Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen: Wirtschaftliche Eigenständigkeit und finanzielle Unabhängigkeit sind Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Sie wirken als Hebel für Gleichstellung insgesamt, fördern Unabhängigkeit, Teilhabe und Selbstbestimmung. Dafür brauchen wir eine gute Infrastruktur für Kinderbetreuung und eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorgearbeit. Wir im BMBFSFJ werden in den kommenden Jahren unter anderem massiv in Kitas und Schulen investieren. Außerdem werden wir das Elterngeld weiterentwickeln und darin mehr Anreize für Partnerschaftlichkeit setzen. Auch bei der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern haben wir Fortschritte erzielt. Doch noch immer haben wir einen (unbereinigten) Gender Pay Gap von 16 Prozent. Diese Lücke ist ein weiteres Zeichen, dass wir mehr tun müssen, um das Potenzial der Hälfte unserer Bevölkerung besser zu fördern. Die Umsetzung der europäischen Entgelttransparenzrichtlinie soll helfen, diese Lücke zu schließen.

“ Als Bundesministerin für Bildung und Frauen bin ich überzeugt: Bildung ist ein entscheidender Hebel, um das 5. Nachhaltigkeitsziel zu erreichen. ”

Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen: Weltweit wird es bei derzeitigem Tempo 176 Jahre dauern, bis Frauen in Macht- und Führungspositionen am Arbeitsplatz gleichberechtigt vertreten sind. Aber auch in Deutschland sind wir noch nicht am Ziel. Immerhin zeigen verbindliche Vorgaben

“ Frauenrechte sind Menschenrechte. Gleichstellung ist kein ‚nice-to-have‘, sondern maßgebliche Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung in der Welt. ”

Wirkung: In der Wirtschaft konnten wir durch unsere gesetzlichen Regelungen mit Quoten, Berichtspflichten und Sanktionsmöglichkeiten eine deutliche Steigerung erreichen: Der Frauenanteil in Aufsichtsräten in den rund 100 Unternehmen, für die die fixe Quote gilt, hat sich seit 2015 fast verdoppelt – von 21 auf fast 39 Prozent. In den Vorständen dieser Unternehmen stieg der Anteil von 5 auf fast 23 Prozent.

Das macht Mut, aber Beharrlichkeit, Durchsetzungskraft und Durchhaltevermögen brauchen wir weiterhin. Wir sind bei der Gleichstellung noch lange nicht am Ziel. Aber wir haben die Hebel in der Hand und die nötige Ausdauer, das Ziel zu erreichen.

Als Bundesministerin für Bildung und Frauen bin ich überzeugt: Bildung ist ein entscheidender Hebel, um das 5. Nachhaltigkeitsziel zu erreichen. Das Bildungskonzept von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein Instrument, mit dem wir eine gerechte und resiliente Gesellschaft für das 21. Jahrhundert bauen.

Im Zentrum steht dabei die Förderung von Gestaltungskompetenz: die Fähigkeit, vorausschauend zu denken,

zu vermitteln, die zu gleichberechtigter Beteiligung an demokratischen Veränderungsprozessen befähigen.

In Deutschland und weltweit dürfen Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit kein Add-on sein, sondern sollten zum Kern von Unterricht, Material und Schulentwicklung werden. Unsere Aufgabe ist es, durch Bildung die Grundlagen für eine resiliente Gesellschaft zu schaffen, in der Chancengerechtigkeit und Gleichstellung selbstverständlich sind.

Auch das Wissen um die eigenen Rechte ist für mich eng verknüpft mit Bildung und Nachhaltigkeit. Denn um eigene Rechte einfordern zu können, muss man diese erst einmal kennen. In diesem Monat nehme ich an der 70. Frauenrechtskommission in New York teil, die dieses Jahr den Zugang zum Recht als Schwerpunktthema setzt. Zu diesem spannenden Thema – aber auch zu weiteren Fragen mit Blick auf Gleichstellung und Frauenrechte – werde ich mich in New York mit Expertinnen und Experten austauschen und neue Impulse nach Deutschland mitbringen.

Die Gesellschaft, die ich am Anfang skizziert habe – in der jede und jeder sein Potenzial entfalten kann und Gleichstellung selbstverständlich ist – ist kein Traum, sondern eine Aufgabe, die wir jetzt aktiv gestalten können.

Es liegt an uns, in Politik, Bildung und Gesellschaft, die Weichen zu stellen. Gleichstellung ist kein abstraktes Ziel, sie ist der Motor für eine nachhaltige, gerechte und resiliente Zukunft. Lassen Sie uns diese Verantwortung gemeinsam, entschlossen und mit Blick auf 2030 wahrnehmen.

interdisziplinär zu arbeiten, kritisch zu reflektieren und an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu partizipieren. Gerade für Gleichstellung ist dies essenziell. Wir stärken Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), auch um tief verwurzelte Rollenstereotype aufzubrechen und Gestaltungskompetenzen

AKTUELLES

Messe Fair Handeln 2026

Vom 9. bis 12. April 2026 findet die Messe „Fair Handeln 2026“ in Stuttgart statt. Als Deutschlands älteste und eine der bedeutendsten Fach- und Verbrauchermessen bietet sie eine Plattform für faires und nachhaltiges Handeln in Wirtschaft, Mode, Finanzwesen, Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit. Sie richtet sich an alle, die sich für entwicklungspolitisches Engagement und eine verantwortungsbewusste Lebensweise interessieren.

Vorgestellt werden faire Produkte, Ideen und Konzepte – von fair gehandelten Lebensmitteln und Kunsthandwerk über Future Fashion bis hin zu Reparatur-Cafés, Kaffeeverkostungen und nachhaltigen Finanzlösungen. Besucherinnen und Besucher erhalten Anregungen für nachhaltigen Konsum und gesellschaftliches Engagement. Zugleich ist die Messe Treffpunkt für Engagierte sowie Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das Rahmenprogramm greift Themen wie globale Lieferketten, fairen Handel, nachhaltige Entwicklung und entwicklungspolitische Bildung auf.

2026 setzt die Messe neue Akzente: Mit dem zusätzlichen Ausstellungsbereich „Gamechanger – Produkte für ein besseres Morgen“

rücken innovative und zukunftsfähige Alltagslösungen stärker in den Fokus. Ergänzt wird dieser durch die Bereiche „Fairer Handel – Pioniere für eine gerechte Welt“ und „Markt der FAIRänderung – Initiativen, die die Welt bewegen“.

Auch der World University Service (WUS) e. V. ist mit einem Informationsstand zur Entwicklungszusammenarbeit der 16 Deutschen Länder gemeinsam mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg vertreten. Organisiert wird die Messe von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) gemeinsam mit der Messe Stuttgart.

Weitere Informationen und Tickets unter:
www.messe-stuttgart.de/fairhandeln/

Info: Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Werastraße 24, 70182 Stuttgart, Ansprechperson: Raquel Dischinger, Tel. 0711 2102935, [dischinger\[at\]sez.de](mailto:dischinger[at]sez.de), www.sez.de/fair-handeln

Human Rights Watch World Report 2026: Globale Menschenrechtslage

Der Human Rights Watch World Report 2026 analysiert die weltweite Menschenrechtslage im Jahr 2025 und konstatiert eine deutliche Verschlechterung in zahlreichen Regionen. Dokumentiert werden systematische Menschenrechtsverletzungen, der fortschreitende Abbau rechtsstaatlicher Strukturen sowie zunehmende Repression gegenüber Opposition, unabhängigen Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

In vielen bewaffneten Konflikten kam es zu schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht, darunter gezielte oder wahllose Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die Behinderung humanitärer Hilfe und anhaltende Straflosigkeit für Verantwortliche. Gleichzeitig verschärfen Regierungen in unterschiedlichen Weltregionen die Einschränkungen der Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit. Besonders betroffen sind Minderheiten, Menschenrechtsverteidigerinnen, Journalistinnen sowie andere marginalisierte Gruppen.

Der Bericht verweist zudem auf eine spürbare Schwächung internationaler Menschenrechtsmechanismen. Multilaterale Institutionen verlieren an politischer Durchsetzungskraft, während internationale Normen zunehmend relativiert oder strategisch instrumentalisiert werden. Diese Entwicklungen erschweren wirksame Rechenschaftspflicht und untergraben den universellen Geltungsanspruch der Menschenrechte. Für die Entwicklungszusammenarbeit hat diese

Lage weitreichende Konsequenzen. Nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung und Krisenprävention sind ohne rechtsstaatliche Rahmenbedingungen, transparente Institutionen und geschützte zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume kaum realisierbar. Der Bericht unterstreicht daher die Bedeutung menschenrechtsbasierter Ansätze – insbesondere im Hinblick auf Good Governance, den Schutz vulnerabler Gruppen sowie die Stärkung lokaler Zivilgesellschaften.

Zugleich verdeutlicht der World Report den engen Zusammenhang zwischen Menschenrechten, politischer Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Eine informierte Öffentlichkeit und demokratische Strukturen gelten als zentrale Voraussetzungen für langfristige Stabilität, Frieden und nachhaltige Entwicklung. Der Bericht liefert damit eine fundierte Grundlage für menschenrechtliche Bildungsarbeit, politische Analyse und entwicklungspolitische Debatten.

Info: Human Rights Watch, 350 Fifth Avenue, NY 10118, www.hrw.org/de

AUS WELT, BUND UND LÄNDERN

WELT

Invest.EastAfrica!: Deutschland und Ostafrika vertiefen Zusammenarbeit

Vom 27. bis 29. Januar 2026 fand erstmals das deutsch-ostafrikanische Wirtschafts- und Investitionsforum „Invest.EastAfrica!“ in Frankfurt am Main und Berlin statt – auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz. Veranstaltet wurde es unter anderem von der Hessischen Staatskanzlei, der East African Community (EAC), dem Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft, der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie dem World University Service (WUS). Ziel war es, wirtschaftliche Kooperationen zwischen Deutschland und Ostafrika auszubauen.

Zur Ostafrikanischen Gemeinschaft gehören Burundi, die Demokratische Republik Kongo, Kenia, Ruanda, Somalia, Südsudan, Tansania und Uganda. Für 2026 wird ein Wirtschaftswachstum von rund sechs Prozent erwartet. Hessens Minister für Internationales, Manfred Pentz, betonte die strategische Bedeutung der Region als Zukunftsmarkt. Diskutiert wurden insbesondere Kooperationen in den Bereichen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Agribusiness sowie Pharma- und Gesundheitswirtschaft.

Zum Auftakt hielt der ehemalige Hessische Ministerpräsident Prof. Dr. Roland Koch eine Keynote. In Berlin wurden abschließend erste Ergebnisse und Perspektiven der Zusammenarbeit vorgestellt.

Info: Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e. V., Friedrichstraße 206, 10969 Berlin, Tel. 030 20607190, [info\[at\]afrikaverein.de](mailto:info[at]afrikaverein.de), www.afrikaverein.de

BUND

Bund stärkt Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik

Die Bundesregierung hat zu Jahresbeginn 2026 zentrale Weichen für die Weiterentwicklung ihrer Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik gestellt. Bundeskanzler Friedrich Merz berief turnusgemäß den neuen Rat für Nachhaltige Entwicklung. Das 15-köpfige Gremium berät die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und soll künftig stärker zu einem bürgernahen, handlungsorientierten Aktionsplan beitragen. Der Rat bündelt Expertise aus Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt, Finanzwesen und Kommunen und bekennt sich zu den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs).

Parallel dazu stellte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) am 12. Januar 2026 das Reformpapier „Zukunft zusammen global gestalten“ vor. Ziel ist es, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit strategischer, fokussier-

ter und partnerschaftlicher auszurichten. Im Mittelpunkt stehen die Überwindung von Hunger und Armut, die Stärkung von Frieden und nachhaltiger Sicherheit sowie der Ausbau wirtschaftlicher Kooperation für gerechtes Wachstum. Zugleich sollen multilaterale Allianzen gestärkt und internationale Partnerschaften vertieft werden.

Beide Entscheidungen unterstreichen den Anspruch, nationale Nachhaltigkeitspolitik und internationale Entwicklungszusammenarbeit enger zu verzahnen.

Info: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, www.bmz.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg fördert zentrale Anlaufstelle gegen FGM/C

Weibliche Genitalverstümmelung/-beschneidung (FGM/C) ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, die die körperliche und seelische Unversehrtheit von Mädchen und Frauen verletzt und langfristige gesundheitliche sowie psychische Folgen haben kann. Als Form geschlechtsspezifischer Diskriminierung steht FGM/C im direkten Widerspruch zu SDG 5, das die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen und Mädchen zum Ziel hat. In Deutschland sind nach Schätzungen des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Stand 31.12.2024) rund 86.500 Frauen und 11.100 Mädchen betroffen; bis zu 25.000 weitere Mädchen gelten als gefährdet.

Seit 2023 fördert das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg eine landesweite zentrale Anlaufstelle für von FGM/C betroffene oder bedrohte Frauen und Mädchen. Damit wird ein Ziel des Koalitionsvertrags „Jetzt für morgen“ umgesetzt. Das Bündnis vereint fünf Organisationen: AfroKids International e. V. koordiniert die Arbeit und kooperiert eng mit betroffenen Communities. Die Beratungsstelle YASEMIN der Evangelischen Gesellschaft ist in der Kinder- und Jugendhilfe tätig. Wildwasser Stuttgart e. V. bietet psychosoziale und traumatherapeutische Unterstützung. Das Freiburger Zentrum für Frauen mit Genitalbeschneidung der Uniklinik berät medizinisch. Das Fraueninformationszentrum Stuttgart unterstützt in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen.

Info: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Else-Josenhans-Straße 6, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 1230, [poststelle\[at\]sm.bwl.de](mailto:poststelle[at]sm.bwl.de), www.sozialministerium.baden-wuerttemberg.de

Positionspapier „Globale Verantwortung jetzt!“ vorgestellt

Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ) hat sein neues Positionspapier „Globale Verantwortung jetzt!“ veröffentlicht. Darin formuliert das Gremium zentrale Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung der entwicklungspolitischen Arbeit des Landes. Entwicklungspolitik wird dabei als strategische Zukunftsaufgabe verstanden, die zu Frieden, gesellschaftlichem Zusammenhalt und nachhaltiger Entwicklung beiträgt.

Das Papier betont die Bedeutung einer starken politischen Verankerung von Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg sowie einer verlässlichen finanziellen Ausstattung. Hervorgehoben werden die Rolle der Zivilgesellschaft, die Förderung von Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Angesichts globaler Krisen, wachsender Ungleichheiten und geopolitischer Spannungen sei internationale Zusammenarbeit wichtiger denn je.

Eine zentrale Rolle kommt dabei der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) zu, die als Plattform für Vernetzung, Beratung und Projektförderung wirkt.

Info: Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Werastraße 24, 70182 Stuttgart, Ansprechperson: Diana Griesinger, Tel. 0711 2102983, [griesinger\[@\]sez.de](mailto:griesinger[@]sez.de), www.sez.de

BAYERN

Fünf Partnerschaftsprojekte werden 2026 gefördert

Anfang Januar 2026 haben die Bayerische Staatskanzlei und das Eine Welt Netzwerk Bayern e. V. im Rahmen der Aktion „Entwicklung in Partnerschaft“ fünf entwicklungspolitische Projekte bayerischer Initiativen ausgewählt, die im Jahr 2026 jeweils mit bis zu 49.999 Euro gefördert werden. Gefördert werden Vorhaben, die im Zeitraum von April bis Dezember 2026 umgesetzt werden und Partnerschaften mit Organisationen oder Initiativen im Globalen Süden stärken.

Die offizielle Bekanntgabe der ausgewählten Projekte sowie die Übergabe der Förderschecks finden am 3. Juli 2026 im Rahmen der Bayerischen Eine-Welt-Tage in Augsburg statt. Die Auszeichnung nimmt der bayerische Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Eric Beißwenger, MdL, vor. Die Bayerischen Eine-Welt-Tage bieten zudem eine Plattform für Austausch und Vernetzung rund um globale Gerechtigkeitsthemen.

Mit der Förderung sollen entwicklungspolitische Partnerschaften gestärkt und Engagement sichtbar gemacht werden. Im vergangenen Jahr konnten sich bereits verschiedene Initiativen über eine Förderung freuen – darunter MI4People gGmbH, Solidarität in der Einen Welt e. V., The Light Project e. V., Thriving Green e. V. und Ugandakids e. V.



Die Aktion „Entwicklung in Partnerschaft“ unterstreicht das gemeinsame Ziel von Staat und Zivilgesellschaft, globale Solidarität, nachhaltige Zusammenarbeit und das bürgerschaftliche Engagement für weltweite Partnerschaften zu fördern.

Info: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München, Tel. 089 21650, [presse\[at\]stk.bayern.de](mailto:presse[at]stk.bayern.de), www.bayern.de/staatskanzlei

BERLIN

Berlin stellt Flutopfern in Vietnam Wasseraufbereitungsanlagen zur Verfügung

Nach der schweren Flutkatastrophe in Vietnam im November 2025 stellt die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe Mittel für eine nachhaltige Trinkwasserversorgung bereit. Mindestens 8.000 betroffene Schüler, Lehrkräfte und Familien sollen langfristig mit sauberem Wasser versorgt werden.

Geliefert werden 20 tragbare Wasseraufbereitungsanlagen des Typs PAUL (Portable Aqua Unit for Lifesaving) in besonders betroffene Regionen. Das System eignet sich für schwer zugängliche oder überschwemmte Gebiete, da es mobil einsetzbar ist. Eine Anlage filtert täglich mindestens 1.200 Liter Wasser und versorgt bis zu 400 Personen mit jeweils drei Litern Trinkwasser. Das Filtersystem arbeitet ohne Chemikalien, Strom oder externe Fachkräfte.

Franziska Giffey betonte die enge Partnerschaft zwischen Berlin und Vietnam. Die Umsetzung erfolgt durch den World University Service (WUS) Deutschland.

Dr. Kambiz Ghawami, Vorsitzender des WUS Deutschland, erklärte: „Es ist beeindruckend, dass Berlin erneut Solidarität mit den Menschen in Vietnam beweist. Nach unserer Unterstützung im Jahr 2021, als wir COVID-19-Testkits aus Berliner Reserven bereitstellten, erhalten nun 20 Schulen Zugang zu sauberem Trinkwasser.“

Info: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin, Ansprechperson: Stefani Reich, Tel. 030 90137409, [stefani.reich\[at\]senweb.berlin.de](mailto:stefani.reich[at]senweb.berlin.de), www.service.berlin.de/senatsverwaltungen/

BRANDENBURG

Junge Diplomaten aus dem Globalen Süden im Landtag Brandenburg

Im Februar 2026 hat Vizepräsidentin Dr. Jouleen Gruhn gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Europaausschusses, Johannes Funke, 18 Diplomaten aus Ländern des Globalen Südens im Landtag Brandenburg empfangen. Der Besuch bot Gelegenheit zu einem intensiven Austausch über parlamentarische Arbeit und föderale Strukturen in Deutschland.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Aufgabenverteilung im deutschen Föderalismus, die Bund-Länder-Beziehungen sowie die Rolle Brandenburgs innerhalb der Bundesrepublik. Darüber hinaus ging es um die Arbeitsweise des Landtags, Gesetzgebungsverfahren und die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Vizepräsidentin Gruhn betonte die Bedeutung des internationalen Dialogs und die gute Tradition des Landtags, ausländische Delegationen willkommen zu heißen und demokratische Strukturen transparent zu vermitteln.

Die Delegation setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus Antigua, Burundi, der Elfenbeinküste, Fidschi, Gabun, Ghana, Guyana, Honduras, Jamaika, Kamerun, Kenia, der Demokratischen Republik Kongo, Mosambik, Nepal, Oman, Ruanda, Simbabwe und Thailand zusammen.

Der Besuch war Teil eines Bildungs- und Informationsprogramms des Auswärtigen Amtes. Im Anschluss an das Gespräch erhielt die Delegation eine Führung durch das Landtagsgebäude und Einblicke in die parlamentarische Praxis vor Ort.

Info: Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam, Tel. 0331 9660, [geschaeftsstelle\[@\]buergerschaft.bremen.de](mailto:geschaeftsstelle[@]buergerschaft.bremen.de), www.landtag.brandenburg.de

BREMEN

Delegation der Bürgerschaft besucht westsahraische Bevölkerung im Exil

Eine Delegation der Bremischen Bürgerschaft hat in dieser Woche mehrere Flüchtlingslager der westsahraischen Bevölkerung bei Tindouf in Algerien besucht. Die Reise stand unter der Leitung von Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer. Begleitet wurde sie von Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp sowie den Abgeordneten Cindi Tuncel und Ole Humpich.

In den Lagern lebt die westsahraische Bevölkerung seit Jahrzehnten im Exil – mitsamt ihrem Parlament, dem Sahraischen Nationalrat, und staatlichen Strukturen. Anlass der Reise war die Einweihung eines Parlamentssaals, der nach dem 2019 verstorbenen ehemaligen Bürgerschaftspräsidenten Christian Weber benannt wurde. Weber hatte sich während seiner Amtszeit mit großem Engagement für die Belange der Geflüchteten eingesetzt. Die Delegation folgte einer

Einladung des Präsidenten des Sahraischen Nationalrats und nutzte den Besuch, um sich ein Bild von der aktuellen Lage zu machen.

„Der Nationalrat hat Christian Weber für seinen großen Einsatz ein Denkmal gesetzt – und es war uns eine Ehre, bei der Einweihung des Saals dabei zu sein“, erklärte Grotheer. Die Reise habe erneut gezeigt, wie schwierig die Lebensumstände in den Camps seien. Zugleich bestehe eine enge und wertschätzende Verbindung zu Bremen.

Info: Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen, Tel. 0421 36112470, [post\[@\]landtag.brandenburg.de](mailto:post[@]landtag.brandenburg.de), www.bremische-buergerschaft.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

NRW trifft Westbalkan

Im April 2026 wird die offizielle Länderpartnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Nordmazedonien nach fünf Jahren erneuert. Aus diesem Anlass würdigt das Land seine vielfältigen Verbindungen zu den Staaten des Westbalkans mit den Westbalkantagen NRW 2026.

Die Veranstaltungsreihe soll bestehende Kooperationen sichtbar machen und den Wert der Partnerschaften betonen. Unterschiedliche Formate, die von der Landesregierung unterstützt und gebündelt beworben werden, stehen dabei unter einem gemeinsamen Dach. Ziel ist es, die Vielfalt und Qualität der Westbalkan-Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen stärker in den öffentlichen Fokus zu rücken.

Geplant sind unter anderem Lesungen, Konzerte, Diskussions- und Filmveranstaltungen sowie Jugendbegegnungen mit Bezug zur Region. Sie sollen kulturelle Vielfalt, gesellschaftlichen Austausch und gelebte Völkerverständigung sichtbar machen.

Auf einer begleitenden Webseite werden fortlaufend neue Veranstaltungen veröffentlicht. Engagierte aus Nordrhein-Westfalen können ihre Beiträge über eine Online-Anmeldemaske einreichen und Teil der Reihe werden.

Info: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 83701, [axel.baeumer\[at\]stk.nrw.de](mailto:axel.baeumer[at]stk.nrw.de), www.land.nrw



RHEINLAND-PFALZ

Kommunale Partnerschaften stärken Zusammenarbeit mit Ruanda

Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda lebt vom Engagement zahlreicher Beteiligter, die internationale Zusammenarbeit konkret und auf Augenhöhe gestalten. Eine zentrale Rolle spielen die kommunalen Partnerschaften: Verwaltungen, Bildungsinstitutionen und Verbände beider Länder tauschen sich fachlich aus, entwickeln gemeinsame Projekte und lernen voneinander.

Beim 7. Ruanda-Netzwerktreffen in der Mainzer Staatskanzlei kamen Vertreterinnen und Vertreter der 13 bestehenden Partnerschaften zusammen. Im Mittelpunkt standen der Erfahrungsaustausch, die Weiterentwicklung der Kooperation sowie Perspektiven für zukünftige Vorhaben.

Ministerpräsident Alexander Schweitzer betonte, der kommunale Austausch stärke fachliche und interkulturelle Kompetenzen und setze wichtige Impulse für die eigene Verwaltungsarbeit. Staatssekretärin Heike Raab würdigte das langjährige Engagement und hob hervor, dass kommunale Partnerschaften gelebte internationale Verantwortung darstellen.

Ein Beispiel ist das 2025 umgesetzte Agroforst-Projekt der Verbandsgemeinde Hachenburg und der Universität Koblenz in der Region Gisagara. Es verbindet Umwelt- und Ressourcenschutz mit sozialer Teilhabe. Seit über 40 Jahren steht die Partnerschaft mit Ruanda dabei für gegenseitiges Lernen und solidarisches Handeln auf kommunaler Ebene.

Info: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. 06131 160, [buergerbuero\[at\]stk.rlp.de](mailto:buergerbuero[at]stk.rlp.de), www.rlp.de/regierung/staatskanzlei

25 Jahre ELAN: Zivilgesellschaft gestaltet globale Verantwortung

Mit einem Festakt in der Staatskanzlei hat Rheinland-Pfalz das 25-jährige Bestehen des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerks ELAN e.V. gefeiert. Rund 220 Gäste aus Politik, Zivilgesellschaft, Kirchen und Bildung würdigten das Engagement des Netzwerks für nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung.

Ministerpräsident Alexander Schweitzer betonte, Nachhaltigkeit und globale Verantwortung gehörten untrennbar zusammen und seien in Rheinland-Pfalz bewusst „Chefsache“. Angesichts weltweiter Krisen seien sie zentral für gesellschaftliche Stabilität, wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen.

Eine Keynote zu Perspektiven für ein gerechteres Morgen sowie Praxisbeispiele – von nachhaltiger Entwicklung im Sport über Bildung für nachhaltige Entwicklung bis hin zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit und öko-sozialer Beschaffung – zeigten die Vielfalt des Engagements. An 15 Infoständen präsentierten Mitgliedsorganisationen ihre Arbeit.



ELAN vereint über 115 Organisationen mit rund 450 Basisgruppen. Das Jubiläum ist damit nicht nur Anlass zum Feiern, sondern auch ein Auftrag, das entwicklungspolitische Engagement im Land weiter zu stärken.

Info: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. 06131 160, [buergerbuero\[at\]stk.rlp.de](mailto:buergerbuero[at]stk.rlp.de), www.rlp.de/regierung/staatskanzlei

SAARLAND

Saarland stärkt Bildung für nachhaltige Entwicklung strukturell

Im Saarland wird Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) weiter systematisch ausgebaut. Anlässlich des Internationalen Tages der Bildung hat das Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V. mit Unterstützung des Umweltministeriums Ende Januar das Online-Portal „Kompass Globales Lernen“ gestartet.

Die Plattform bündelt landesweit Angebote der BNE, des Globalen Lernens und der Umweltbildung und macht sie für Lehrkräfte sowie außerschulische Akteurinnen und Akteure zentral zugänglich. Von Workshops über Zukunftswerkstätten bis hin zu ausleihbaren Ausstellungen und Fortbildungen bietet der Kompass eine niedrigschwellige Orientierung und stärkt die Vernetzung im Land. Das Projekt ist Teil der Saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Parallel dazu wurde Ende Januar die jährliche BNE-Fortbildung für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst durchgeführt. In Kooperation mit dem Ministerium für Bildung und Kultur und dem Bildungscampus Saarland nahmen 175 angehende Lehrkräfte aus verschiedenen Schulformen teil. Nach einer Einführung in die Agenda 2030 arbeiteten sie in Workshops an konkreten Umsetzungsbeispielen für den Unterricht. Die Veranstaltung ist ein Baustein zur strukturellen Verankerung von BNE in allen Phasen der Lehrkräftebildung.

Info: Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V., Ev.-Kirch-Str. 8 in 66111 Saarbrücken, Tel. 0681-938 5235, [kompass\[at\]nes-web.de](mailto:kompass[at]nes-web.de), www.nes-web.de

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nachhaltigkeit sichtbar machen und vernetzen

Unter dem Motto „So bunt wie das Leben“ findet am 25. und 26. April 2026 die GO.GRØN - Messe für Nachhaltiges & Faires in der Musik- und Kongresshalle Lübeck statt. Bereits zum dritten Mal präsentieren Ausstellende aus Schleswig-Holstein und darüber hinaus ihre Produkte, Dienstleistungen und Initiativen rund um nachhaltiges Wirtschaften, faire Produktion und gesellschaftliche Verantwortung. Neben Ausstellungsflächen im Innen- und Außenbereich erwartet die Besucherinnen und Besucher ein vielfältiges Rahmenprogramm mit Vorträgen, Workshops und Praxisbeispielen. Der Eintritt ist kostenfrei. Das Umweltministerium Schleswig-Holstein unterstützt die Leitmesse erneut als Kooperationspartner. Die Messe versteht sich zugleich als Plattform für Austausch und Vernetzung zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kommunen. Sie setzt damit ein sichtbares Zeichen für nachhaltige Transformation im Norden und fördert neue Kooperationen.

Einen weiteren Impuls setzt das dritte landesweite BNE-Fachforum der BNE-Agentur SH am 11. Juni 2026 in Neumünster. Unter dem Titel „Bildung für nachhaltige Entwicklung und Kulturelle Bildung“ werden Perspektiven aus Bildung, Kultur und Zivilgesellschaft zusammengeführt. Weitere Informationen folgen über den Newsletter der BNE-Agentur SH.

Info: Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, Mercatorstraße 3, 24106 Kiel, Tel. 0431 9887326, [schriftgutstelle\[at\]mekun.landsh.de](mailto:schriftgutstelle[at]mekun.landsh.de), www.schleswig-holstein.de

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS), Deutsches Komitee e.V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
[redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de)
www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami (V.i.S.d.P.), Peri Bausch,
Bastian Ivens, Saba Ahmet

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an [redaktion-rundbrief\[at\]wusgermany.de](mailto:redaktion-rundbrief[at]wusgermany.de) oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

Unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

Kampagne 2026: SDG 10 – Weniger Ungleichheiten

Die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd stellt mit ihrer Kampagne 2026 „Weniger Ungleichheiten – Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und globale Partnerschaften stärken“ Projekte der deutschen Länder, des Bundes und der Zivilgesellschaft vor, die sich dem Nachhaltigkeitsziel 10 „Weniger Ungleichheiten“ widmen. Im Fokus stehen Initiativen, die strukturelle Benachteiligungen abbauen, Teilhabe ermöglichen und internationale Solidarität fördern.

Wir freuen uns über die Zusendung von Ankündigungen, Berichten und weiteren Meldungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de), www.informationsstelle-nord-sued.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Weiterbildungen für Lehrkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Senden Sie Ihre Veranstaltungen an [infostelle\[at\]wusgermany.de](mailto:infostelle[at]wusgermany.de).
www.eine-welt-veranstaltungskalender.de